# FOOD FIRST

NR. 2/22

## ERNÄHRUNGSSYSTEME TRANSFORMIEREN!

MIT WIDERSTANDSFÄHIGEN ERNÄHRUNGSSYSTEMEN AUS DEN KRISEN
SEITE 2

LEBENSMITTELSYSTEME, DIE DIE ERNÄHRUNGSWENDE IN ÖSTERREICH POSITIV BEEINFLUSSEN KÖNNEN
SEITE 4

KOLONIALE SPUREN IM GLOBALEN ERNÄHRUNGSREGIME
SEITE 6

FIAN ÖSTERREICH
INT. MENSCHENRECHTS ORGANISATION FÜR DAS RECHT SICH ZU ERNÄHREN

MAGAZIN FÜR DAS MENSCHENRECHT AUF NAHRUNG VON FIAN ÖSTERREICH

## ZUGANG ZU ANGEMESSENER ERNÄHRUNG: KARTIERUNG UND BEWERTUNG DER EXISTIERENDEN MAßNAHMEN IN ÖSTERREICH

Das Recht auf Nahrung wird oft nicht als ein Thema angesehen, das Europa betrifft. Die FAO schätzte jedoch für das Jahr 2021, dass 8 Prozent der europäischen Bevölkerung mit mäßiger oder schwerer Ernährungsunsicherheit konfrontiert waren; etwa 58,3 Millionen Menschen. Als Teil eines umfassenderen Projekts über das Recht auf Nahrung in Europa, analysiert und bewertet FIAN in einem Handbuch existierende Maßnahmen privater sowie öffentlicher Akteur.innen, die die Umsetzung dieses Rechts unterstützen. Die Analyse erfolgt über verschiedene Menschenrechtsprinzipien. Für diese Analyse recherchierten wir bestehende Regelungen zu Sozialleistungen, sowie zahlreiche Berichte der Zivilgesellschaft. Ergänzend dazu, beinhaltet dieses Handbuch Interviews, die mit Personen, die von Armut betroffen sind sowie Mitarbeiter:innen die im Bereich Lebensmittelhilfe arbeiten, durchgeführt wurden. In den Schlussfolgerungen finden Sie unsere Erkenntnisse und Empfehlungen zu den bestehenden Maßnahmen im österreichischen System.
Dieses Projekt besteht aus fünf weiteren Modulen, in denen FIAN Portugal, FIAN Belgien, FIAN International, das Netzwerk Urgenci und die Universität Coventry das Recht auf Nahrung in ihren Ländern analysieren, mit Fokus auf: rechtliche und politische Rahmenbedingungen, soziale Inklusion, gesunde Umwelt und Ernährung und partizipative Prozesse. Dieses Projekt wurde von der EU über das Programm Erasmus+ finanziert.
Publikation online lesen unter: https://fian.at/de/publikationen/ -

## MENSCHENRECHTE STATT GESCHENKE

Ihnen steht ein großes Fest ins Haus und Sie wünschen sich keine Gutscheine, Blumensträuße oder Weinflaschen? Dann entscheiden Sie sich für eine Spende an FIAN statt Geschenke. Stellen Sie eine Spendenbox für Ihre Gäste auf und überweisen Sie dann einfach den gesammelten Betrag auf unser Spendenkonto

**IBAN: AT73 2011 1294 1590 3600**

**BIC: GIBAATWWXXX**

Bitte geben Sie als Verwendungszweck **"Spenden statt Geschenke"** an. Gerne schicken wir Ihnen Infomaterial für Ihr Fest zu, damit Sie Ihren Gästen zeigen können, wofür die Spenden gesammelt werden.

Schreiben Sie uns eine Email an **office@fian.at** oder rufen Sie an: **01 - 2350239**.

**Virtuelle Spendenbox auf Facebook!** Sie können Ihre Facebook-Freund:innen einladen, für FIAN zu spenden. Einfach über den „Spenden"-Button auf der FIAN-Facebookseite eine Sammlung starten und teilen:
**www.facebook.com/FIANoesterreich/**

*Ihre FIAN-Spende ist steuerlich absetzbar.*
Bitte geben Sie hierfür bei Ihrer Spende Name, Geburtsdatum und Adresse an oder melden Sie sich unter **office@fian.at.**
Herzlichen Dank!

## EDITORIAL

# LIEBE LESERINNEN UND LESER,

durch den russischen Angriffskrieg offenbart das globalisierte Ernährungssystem erhebliche Schwächen: Der notwendige Import von Nahrungsmitteln, Düngern und Pestiziden stellt für eine Vielzahl von Ländern des Globalen Südens angesichts krisenbedingter Preissteigerungen eine enorme Herausforderung dar. Aber auch in Österreich sind immer mehr Menschen auf Unterstützung angewiesen, um sich angemessen zu ernähren.
Dies alles geschieht, nachdem das globalisierte Ernährungssystem in den vergangenen Jahrzehnten im Sinne der Konzerne neoliberal gestaltet wurde. Die daraus resultierende Abhängigkeit nimmt einer Vielzahl von Menschen die Möglichkeit, sich selbstbestimmt zu ernähren.
Die vorliegende Ausgabe ist der Forderung nach einer grundlegenden Transformation dieses Ernährungssystems gewidmet. Nur so kann nachhaltig gegen die globale Ernährungskrise vorgegangen werden.
Das bedeutet, dass die Vereinnahmung der Nahrungsmittelproduktion durch Profitinteressen beendet werden muss. Der Übergang zu Agrarökologie und die Stärkung lokaler Ernährungssysteme muss von politischen Entscheidungsträger:innen gefördert werden, um die Resilienz in Krisen zu erhöhen, Menschen eine selbstbestimmte Ernährung zu ermöglichen und agrarische Produktion klimagerecht zu gestalten.

Sie möchten mit uns für ein gerechtes und nachhaltiges Ernährungssystem aktiv werden? Mit einer FIAN Mitgliedschaft werden Sie Teil einer internationalen Bewegung für das Recht auf Nahrung: https://fian.at/de/mitmachen/mitglied-werden/

*Ich wünsche eine spannende Lektüre!*

*Lukas Schmidt, Geschäftsleiter FIAN Österreich*

## THEMA


2 *Mit widerstandsfähigen Ernährungssystemen aus den Krisen*

4 *Lebensmittelsysteme, die die Ernährungswende in Österreich positiv beeinflussen können*

6 *Koloniale Spuren im globalen Ernährungsregime*

8 *Isoliert und entrechtet: Postkoloniale Landwirtschaft in Andalusien*

10 *Kooperation mit der Pestizid-Industrie: Kann die FAO ihrem Mandat noch gerecht werden?*


## WELTWEIT


12 *Abhängigkeit von Agroindustrie verschlechtert Ernährungssituation in Sambia*

13 *Uganda: Trotz gerichtlicher Einigung bisher keine Entschädigung*

14 *Recherche in Kambodscha: Unterdrückung der Zivilgesellschaft, Land Grabbing und Überschuldung*

15 *Brasilien: FIAN fordert Aufklärung des „Massakers von Guapoy"*


## VERANSTALTUNGSBERICHTE

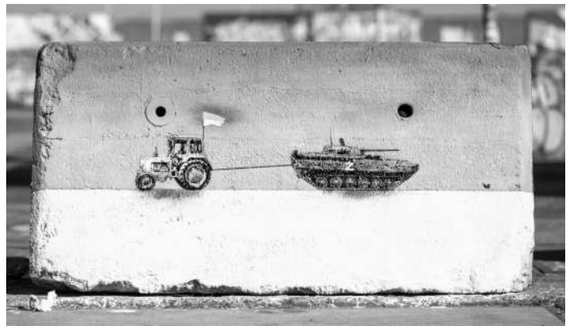

16 *FIAN Kolumbien zu Gast in Wien*

16 *FIAN beim UN Menschenrechtsrat: Klimagerechtigkeit einfordern!*

ERNÄHRUNGSSYSTEME

# MIT WIDERSTANDSFÄHIGEN ERNÄHRUNGSSYSTEMEN AUS DEN KRISEN

***Der Krieg in der Ukraine verursacht unvorstellbares menschliches Leid, fordert zahllose Leben und bedroht das Recht der Bevölkerung auf Nahrung. Seine Auswirkungen reichen weit über die Grenzen der Ukraine hinaus, verschärfen die bestehende globale Nahrungsmittelkrise und unterstreichen die Fragilität konzerndominierter Ernährungssysteme.***



*© Nils Westergard (NILS)*

Mit dem Krieg in der Ukraine entfaltet sich eine neue Ebene der globalen Ernährungskrise, die von Nahrungsmittelimporten abhängige Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen zusätzlich zu den dauerhaften Auswirkungen der COVID-19-Pandemie, bewaffneten Konflikten, tiefgreifenden Ungleichheiten und der Klimakrise stark belastet. Der russische Angriffskrieg in der Ukraine verschärft die prekäre Lage der Ernährungssicherheit, nicht zuletzt in Ländern wie dem Jemen und dem Libanon, die in hohem Maße von Weizenimporten aus der Ukraine und Russland abhängig sind und bereits vor dem Einmarsch Russlands vor enormen Herausforderungen standen.

### *Preise bereits vor Kriegsbeginn auf Allzeit-Hoch*

In der medialen Berichterstattung entsteht häufig der Eindruck, dass der russisch-ukrainische Konflikt allein für die steigenden Lebensmittelpreise und die Verknappung verantwortlich sei. Allerdings waren die Lebensmittelpreise schon vor Kriegsbeginn in die Höhe geschossen. Dies war auch auf die hohen Preise für Energie, Düngemittel und andere agrar-industrielle Inputs zurückzuführen. Im Februar 2022 erreichte der FAO-Lebensmittelpreisindex einen neuen historischen Höchststand, 21 Prozent über dem Niveau des Vorjahres und 2,2 Prozent über dem bisherigen Höchststand im Februar 2011.

Die Zahl der hungernden und unterernährten Menschen ist weltweit stark angestiegen, was vor allem auf Kriege und Konflikte, die Folgen der COVID-19 Pandemie sowie die Klimakrise und deren Zusammenspiel mit strukturellen Faktoren wie Diskriminierung und Menschenrechtsverletzungen zurückzuführen ist. Die Zahl der Hungerbetroffenen stieg von 811 Millionen Menschen im Jahr 2020 auf 828 Millionen im Jahr 2021. Nach Angaben der Vereinten Nationen könnten bis zum nächsten Jahr bis zu 13 Millionen Menschen mehr von Unterernährung betroffen sein.

### *Internationale Reaktionen mangelhaft*

Auf globaler Ebene gibt es keine eindeutigen Kriterien für die Feststellung einer Ernährungskrise. Die Unterbrechung der internationalen Versorgungsketten, die gleichzeitig mehrere Länder in verschiedenen Regionen der Welt betrifft, scheint bisher das Hauptkriterium für die Ausrufung einer "globalen Nahrungsmittelkrise" zu sein. Der Schwerpunkt liegt darauf, den Welthandel in Gang zu halten. Aus Sicht der Menschenrechte ist ein solches Kriterium höchst unbefriedigend.

Wie FIAN unter anderem im Bericht „War in Ukraine: Recurring Food Crises Expose Systemic Fragility"[1] zeigt, ist die internationale Reaktion mangelhaft und ungeeignet, die wiederkehrenden globalen Ernährungskrisen aufzuhalten. Die Steigerung der industriellen Nahrungsmittelproduktion und das Aufrechterhalten der übermäßigen Abhängigkeit vom Welthandel sind nicht Teil der Lösung, sondern seit Jahrzehnten Teil des Problems. Leider haben diese Punkte jedoch auch im Umgang mit der aktuellen Krise die internationalen Reaktionen am stärksten dominiert.

### *Menschenrechtsbasierte globale Handelsagenda*

Eine neue globale Strategie der Ernährungssicherheit muss sich von deregulierten Märkten lösen, Spekulationen eindämmen, Nahrungsmittelreserven auf verschiedenen Ebenen aufbauen und den Lebensmitteln aus agrarökologischer, kleinbäuerlicher Produktion oberste Priorität einräumen. Das Recht auf Nahrung, das auf den Menschenrechtsgrundsätzen der Würde, Souveränität und Solidarität basiert, sollte dabei die Grundlage für eine neue globale Handelsagenda bilden.

Es ist dringend notwendig, analytische und politische Ansätze zu verbessern und weiterzuentwickeln, die in der Lage sind, auf miteinander verknüpfte Krisen, Komplexität und Unsicherheit zu reagieren und die Dynamik der multiplen Schocks und die tieferen systemischen Kräfte zu verstehen, die sie beeinflussen: Dazu müssen die Zusammenhänge zwischen Ressourcenabbau und -ausbeutung, ökologischem Kollaps, prekären Lebensverhältnissen, Enteignung, Ungleichheiten, sozialer Ausgrenzung, politischer Instabilität und Konflikten, Finanzialisierung, Kommerzialisierung und lähmender Verschuldung analytisch erfasst werden.

### *Biodiversität macht widerstandsfähig*

Denn im Kern der aktuellen Ernährungskrise steht nicht nur die zunehmende Zahl bewaffneter Konflikte. Ein großes Problem ist auch, dass immer mehr Ernährungssysteme darauf ausgelegt sind, die biologische Vielfalt zu reduzieren, wodurch wir auch anfälliger für die Klimakrise werden. Pflanzenvielfalt auf den Feldern und kleinbäuerliche Saatgutsysteme sind der Schlüssel, um sicherzustellen, dass wir die Biodiversität erhalten, die notwendig ist, um resilient auf Klimaveränderungen zu reagieren und Ernährungssouveränität ebenso wie nährstoffreiche, angemessene und ausreichende Ernährung zu gewährleisten. Wie wichtig Systeme konzernunabhängiger Vermehrung und Verteilung von Saatgut sind, wurde auch dadurch sichtbar, dass Bäuer:innen aus dem benachbarten Rumänien ihre Netzwerke aktiviert haben, um Gemüse- und Kartoffelsamen an ukrainische Landwirt:innen zu liefern und so sicherstellten, dass diese genug Nahrung für sich und den Rest der Bevölkerung säen und ernten können. Dieser Akt der Solidarität unter Landwirt:innen sollte als Modell zur Unterstützung lokaler Ernährungssysteme dienen. Ihr vorrangiges Ziel ist es, den Menschen vielfältige und gesunde Lebensmittel zu bieten – und nicht die Produktion von Agrarrohstoffen, die hauptsächlich aus Profitgründen auf den globalen Märkten verkauft werden.

### *Kleinbäuerliches Bollwerk*

Kleinbäuerliche Betriebe zeigen sich auch als Bollwerk im russischen Angriffskrieg.[2] Sie bewirtschaften zwar nur 12 Prozent der ukrainischen landwirtschaftlichen Nutzfläche in Betrieben mit einer Größe von weniger als einem bis zu 100 Hektar, aber erbringen immerhin 52,7 Prozent der landwirtschaftlichen Bruttoinlandsproduktion. Die ukrainischen Kleinbäuer:innen liefern 98 Prozent der gesamten Kartoffel-, 86 Prozent der Gemüse-, 85 Prozent der Obst- und 81 Prozent der Milcherzeugung des Landes. Damit leisten sie einen entscheidenden Beitrag zur Ernährungssicherung.

Die ukrainischen Kleinbäuer:innen haben sich zudem trotz der russischen Bombardierung der landwirtschaftlichen Infrastruktur als widerstandsfähiger erwiesen als die exportorientierten Großbetriebe. Beobachter:innen stellten fest, dass die russische Armee vor allem große agrarindustrielle Infrastruktur ins Visier genommen hat, während es viel schwieriger ist, verstreute kleinere Betriebe ins Visier zu nehmen und zu beschädigen.

### *Lehren aus den Krisen*

Eine wichtige Lehre aus diesem Krieg ist daher, die Bedeutung der Kleinbäuer:innen in der Ukraine anzuerkennen und sie zu unterstützen. Die bäuerliche Landwirtschaft auf kleinen Parzellen steht in krassem Gegensatz zu den riesigen Industriebetrieben, die in den letzten 10 Jahren in der Ukraine entstanden sind, um Rohstoffe für den Export zu produzieren. Auch österreichische Unternehmen wie etwa MCB Agricole zählen zu den großen Agrarholdings, die zunehmend große Landflächen in der Ukraine kontrollieren.[3] Während enorme öffentliche und private Mittel aufgewendet wurden, um das Land zu einem der größten Lebensmittelexporteure der Welt zu machen, haben Kleinbäuer:innen wenig bis gar keine Unterstützung erhalten.

Die internationale Gemeinschaft sollte humanitäre Maßnahmen in allen Ländern, die mit Notsituationen und langwierigen Krisen konfrontiert sind, angemessen finanzieren. Dabei ist entscheidend, der Unterstützung von Kleinbäuer:innen und anderen Personen, die in ländlichen Bereichen arbeiten, Vorrang einzuräumen, um lokale Ernährungssysteme und mit ihnen die Ernährungssouveränität der Bevölkerung wieder aufzubauen und zu stärken.

Wir sehen in der Ukraine ebenso wie in Syrien, im Jemen und an anderen Orten mit bewaffneten Konflikten, dass wir lokale Ernährungssysteme und ihre Vielfalt schützen müssen, um das Recht auf Nahrung und einen tragfähigen Wiederaufbau zu gewährleisten. Wir wissen auch, dass wir uns nur dann an die Klimakrise anpassen, wenn wir die Menschenrechte der ländlichen Lebensmittelproduzent:innen in ihren Mittelpunkt stellen. Sie sind Verwalter:innen des Landes und Hüter:innen des Saatguts. Wenn ihre Rechte geschützt werden, etwa ihr Recht auf Land, auf Zugang zu natürlichen Ressourcen, auf eine intakte Umwelt oder das Recht, ihr Saatgut frei aufzubewahren, zu verwenden, auszutauschen und zu verkaufen, werden unsere Ernährungssysteme widerstandsfähiger, biologisch vielfältiger und gerechter.

***Tina Wirnsberger ist Referentin für Klima, Frauen und Kleinbäuer:innenrechte bei FIAN Österreich.***

1 FIAN International: War in Ukraine - Recurring Food Crises Expose Systemic Fragility, fian.at/de/publikationen/bestellen-download/st-2022-6-wiu/

2 Sofia Monsalve und Michael Fakhri: Ukraine helps feed the world – but its farmers, seeds and future are in danger, theguardian.com/environment/2022/jun/13/ukraine-farmers-seed-food-crisis

3 FIAN Österreich: Landkonzentration und Landgrabbing in Osteuropa, fian.at/de/publikationen/bestellen-download/st-2014-llgo/

© Wendy Wei

# LEBENSMITTELSYSTEME, DIE DIE ERNÄHRUNGSWENDE IN ÖSTERREICH POSITIV BEEINFLUSSEN KÖNNEN

***Nachhaltig, biologisch, kleinbäuerlich und regional. So ein Essensangebot ist wichtig für Umwelt und Tierschutz, aber auch für Kleinbäuer:innen und für den Zugang zu gesundem Essen.***

Die Nachfrage nach biologischen und regionalen Produkten wächst zusehends in Österreich. Es gibt mittlerweile auch viele Initiativen mit unterschiedlichen Landwirtschafts- und Einkaufsmodellen, die die biologische und naturnahe Produktion fördern, dabei lange Transportwege vermeiden und zu einem bewussteren Essensverhalten beitragen. Sie haben auch ein großes Potenzial, kleinbäuerliche und regionale Landwirtschaftsstrukturen zu stärken. Wir zeigen verschiedene Systeme auf, manche von der öffentlichen Hand betrieben, andere privat initiiert.

### *Gemeinschaftsverpflegung oder Einrichtungen der öffentlichen Beschaffung*

Laut Statistik Austria haben im Jahr 2020 jeden Tag 1,8 Millionen Menschen in Österreich in einer Gemeinschaftsküche gegessen.[1] Das entspricht etwa 20 Prozent unserer Bevölkerung. Zu den Einrichtungen der öffentlichen Beschaffung oder Gemeinschaftsverpflegungsorte zählen u.a. Kindergärten, Schulen, Betriebskantinen, Krankenhäuser, Pensionist:innen-Wohnheime, Wohn- und Pflegeeinrichtungen oder auch Justizvollzugsanstalten. Öffentliche Gemeinschaftsküchen können eine entscheidende Rolle im Ernährungssystem spielen, da der Anteil der Personen, die hier verpflegt werden, sehr groß ist und sie dadurch großen Einfluss auf Konsum und Produktion haben, der soziale, wirtschaftliche und ökologische Vorteile bringen kann.

Welche Kriterien hat die öffentliche Beschaffung? Im Juni 2021 wurden neue Kernkriterien durch den nationalen Aktionsplan zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung (naBe) beschlossen. Zu den Kernelementen des Aktionsplans zählen u.a. die Verankerung der nachhaltigen Beschaffung in allen Bundesinstitutionen, die Harmonisierung der Kriterien in der öffentlichen Beschaffung, hohe Tierwohlstandards, täglich vegetarische oder vegane Hauptgerichte zur Auswahl sowie Informationen zur Herkunft von Fleisch, Eiern und Milch.[2]

Auch der Anteil an biologischen Lebensmitteln soll auf 55 Prozent im Jahr 2030 steigen - momentan ist der Anteil im Schnitt bei 30 Prozent.[3] Diese Ziele gelten für Einrichtungen, die unter die Kompetenz des Bundes fallen, sollten aber in allen Einrichtungen eingesetzt werden. Dieses Modell birgt großes Potenzial für die biologische und regionale Landwirtschaft, was aber mit Herausforderungen für kleine landwirtschaftliche Strukturen einhergeht und Bauerngenossenschaften braucht, um gewisse Kriterien leichter zu erfüllen (z.B. Logistik, Mengen an Lebensmitteln, Verarbeitung).

Bioland-Burgenland ist ein Beispiel einer Genossenschaft, die burgenländische Kindergärten, Schulen, Krankenanstalten und Pflegeheime beliefert. Ihre Ziele sind: Faire Preise für die Produzent:innen und Verarbeiter:innen, kurze Versorgungswege, gemeinsame Produktentwicklung und gesunde Produkte.

### *FoodCoops oder Einkaufsgemeinschaften*

FoodCoops sind ein Zusammenschluss von Menschen, die selbstorganisiert direkt bei Landwirt:innen ihre Lebensmittel kaufen und unter sich verteilen.[4] Die erste FoodCoop wurde im Jahr 2007 gegründet - heute gibt es österreichweit schon mehr als 100. Die Anzahl der Mitglieder ist unterschiedlich, manche FoodCoops haben um die 70 Mitglieder, andere sind kleiner. Durch die Direktvermarktung werden Zwischenhandel, Großhandel und Einzelhandel umgangen. Die Lebensmittel, die die FoodCoops kaufen, sind saisonal und regional, und somit werden auch lange Transportwege vermieden. Außerdem werden die Produkte ökologisch, nachhaltig und sozial gerecht produziert. Aufgaben wie Einkauf und Lagerung der Waren werden unter den Mitgliedern verteilt, und Entscheidungen, wie zum Beispiel, welche Produkte gekauft werden, werden kollektiv getroffen. Bei einer FoodCoop zahlen die Mitglieder einen Beitrag zur Finanzierung der Betriebskosten. Wiederum sinken die Preise der Produkte durch den direkten Einkauf und ehrenamtliche Tätigkeit.

Bioparadeis war die erste FoodCoop in Österreich, und der Mitgliedsbeitrag macht je nach persönlicher finanzieller Situation zwischen neun und zwölf Euro aus. Ein anderes Beispiel ist die Bio-Drehscheibe in Lembach, die eine Liste ihrer Lieferant:innen auf der Webseite teilt und wo die Mitglieder fast 400 unterschiedliche Produkte kaufen können.

### *Solidarische Landwirtschaft oder CSA (Community Supported Agriculture)*

Eine andere Variante, bei der Konsument:innen (auch Ernteteiler:innen) und Produzent:innen direkt in Kontakt miteinander sind, ist das Modell der solidarischen Landwirtschaft. Hier werden Risiken, Kosten und Ernte von allen Beteiligten geteilt. In der Praxis heißt das, dass jede:r Ernteteiler:in von Beginn an die Ernte mitfinanziert. Der genaue Betrag wird auf der Basis der geschätzten jährlichen Kosten ausgerechnet. Dieses Modell sichert Bäuer:innen ein festes Einkommen und ermöglicht deren Unabhängigkeit von Marktschwankungen. Die Konsument:innen erhalten im Gegenzug ihren Anteil an der gesamten Ernte, wissen, wo und wie die Lebensmittel produziert wurden und bekommen frische, saisonale und regionale Lebensmittel. In Österreich gibt es 25 dieser solidarischen Bauernhöfe.

© Yelena Odintsova

Die KLEINeFARM ist eine CSA in der Südsteiermark, die über 400 Gemüsesorten, Obst, Kräuter, Getreide und Blumen kultiviert. Die Ernteteiler:innen bekommen wöchentlich zwischen 8 und 15 Gemüsesorten, Kräuter und gelegentlich auch Obst, Getreide und Blumen. Der ungefähre Anteil liegt dafür bei ca. 30 Euro pro Woche. Außerdem bekommen die Ernteteiler:innen Informationen zum Hofalltag und Rezepte.

### *Partizipative Supermärkte*

Der MILA Mitmach Supermarkt ist in Österreich der erste partizipative Supermarkt. Hier besitzen und gestalten die Mitglieder den Supermarkt gemeinsam. Das Sortiment wird gemeinsam entschieden, und neben regional und biologisch produzierten Produkten wird besonders auf die Beziehung zu Produzent:innen, auf das Tierwohl und die Umwelt, sowie auf die Bedürfnisse der Mitglieder geachtet. Um günstige, aber faire Preise anbieten zu können, wird die bezahlte Tätigkeit auf ein Minimum reduziert und verbleibende Aufgaben von den Mitgliedern erledigt, die drei Stunden pro Monat ehrenamtlich im Supermarkt arbeiten.

***Elisa Klein-Diaz ist Referentin für soziale Rechte bei FIAN Österreich***

1 Land schafft Leben, https://www.landschafftleben.at/hintergruende/gemeinschaftsverpflegung

2 naBe, https://www.nabe.gv.at/lebensmittel/

3 BIO AUSTRIA, https://www.bio-austria.at/a/bauern/studie-zeigt-gemeinschaftsverpflegung-koennte-bio-landwirtschaft-deutlich-ankurbeln/#:~:text=%E2%80%9EEtwa%201%2C8%20Millionen%20Mahlzeiten,Lebensmittel%20aus%20kontrollierter%20Herkunft%20einzusetzen. .

4 FoodCoops, https://foodcoops.at/was-ist-eine-foodcoop/

KOLONIALES ERBE

# KOLONIALE SPUREN IM GLOBALEN ERNÄHRUNGSREGIME

***Der Handel mit Weizen, Reis und Gewürzen ist so alt wie die Migrationsgeschichte der Menschen. Der Kolonialismus hat das globale Ernährungssystem in seiner jetzigen Form stark geprägt. Auch die Hungerbekämpfung basiert oftmals noch auf kolonialem Gedankengut.***

*Niederländische Zuckerplantage in Indonesien (Anfang des 20. Jahrhunderts)*
*© FIAN*

Hier in Niumi hat er begonnen, der Export von Arbeitskraft, Salz und Palmöl. Der kleine Küstenort im westafrikanischen Gambia liegt an der Mündung des gleichnamigen Flusses, wo der Handel mit versklavten Menschen im 16. Jahrhundert einen seiner Anfänge nahm und Tauschgeschäfte mit Gold, Salz, Arbeitskraft und Waffen die Globalisierung einleiteten. Als die ersten portugiesischen Sklavenschiffe Afrikaner:innen in die Karibik verschleppten, diente Palmöl als Reiseproviant. Gewonnen wurde es aus der in Westafrika heimischen Ölpalme. Damit begann die globale Reise einer Pflanze, deren kulturgeschichtliche Verbreitung und heutiger agroindustrieller Anbau eng mit der frühen Phase des Kolonialismus verwoben ist.

Auch das Zuckerrohr steht für koloniale (Land-)Wirtschaft und hat eine weite Reise hinter sich: Es stammt aus Neu-Guinea und war bereits vor 8.000 Jahren über den asiatischen Kontinent und die arabische Einflussnahme sowie mit den Kreuzzügen in den Mittelmeerraum gelangt. Christoph Kolumbus nahm auf seiner zweiten Reise Stecklinge mit nach Hispaniola, das heutige Haiti. Die dort lebenden Taínos sollten über ein Tributsystem dazu gebracht werden, Rohrzucker sowie Zitrusfrüchte und Gewürze für die spanischen Siedlungen zu produzieren.

Gleichzeitig kamen Nahrungsprodukte wie Kartoffeln, Tomaten, Kakao und Kürbisse aus der Neuen Welt nach Europa. Da Zucker – damals ein Luxusgut – in Europa begehrt war, waren alle europäischen Kolonialmächte an den Westindischen Inseln interessiert. Bald schon entwickelte sich die Karibik zum Hauptanbaugebiet von Rohrzucker. Nachdem die Taínos-Bevölkerung in Haiti dezimiert worden war, importierten die europäischen Mächte versklavte Afrikaner:innen, um die Plantagenwirtschaft auszubauen. Europäische Sklavenhändler tauschten an der westafrikanischen Küste Waren wie Gewehre, Alkohol und Stoff gegen die versklavten Menschen und „verkauften“ deren Arbeitskraft in die Karibik. Vom Erlös erwarben sie im atlantischen Dreieckshandel landwirtschaftliche Produkte wie Zucker, Rum, Melasse und Baumwolle.

### *Siegeszug des Mais*

Eine der heute dominanten Weltwirtschaftspflanzen, die Kolumbus von seiner Reise zurück nach Spanien brachte, ist der Mais. Schnell wurde der Wert des anpassungsfähigen, schnell wachsenden und früh reifenden Getreides erkannt. Mais versorgte gerade die arme Bevölkerung mit Kohlenhydraten, viele Wochen bevor Hirse und Weizen reif für die Ernte waren. Die Eroberung von Mexiko (Herkunft des Kakao) und Peru (Herkunft der Kartoffel und der Tomate) war noch in vollem Gange, als in Andalusien bereits Mais wuchs. In Norditalien wurde die aus Maisgries gekochte Polenta zur Hauptspeise armer Bauernfamilien.

Auch in Afrika gedieh der Anbau. Die Portugiesen brachten die Körnerpflanze über die Insel Sao Tomé an die Goldküste, von dort aus fand sie Eingang in traditionelle Landbausysteme. Die weitere Verbreitung ging mit dem Sklav:innenhandel und der kolonialen Plantagenwirtschaft in Südamerika einher. Die weltweite Maisernte ernährt heute über 900 Millionen Menschen in Afrika und Lateinamerika. Mais liegt damit vor Weizen und Reis auf Platz eins der Weltgetreidesorten.

### *Corned Beef für die Metropole*

Besonders die Speisen der Wohlhabenden wurden durch den Kolonialismus bereichert. Zugleich sind bis heute harte, teils sklavenähnliche Arbeitsbedingungen mit dem Anbau von Genussmitteln bekannt, die sich im Zuge kolonialer Landwirtschaft verbreitet hatten: etwa von Kakao, Palmöl oder Tee. So arbeiteten laut INKOTA 2020 noch immer rund zwei Millionen Kinder unter ausbeuterischen Bedingungen auf Kakaoplantagen in Westafrika.

Mit dem Kolonialismus ging zudem ein Wandel in der Ernährung einher, der Kolonisierenden ebenso wie der Kolonisierten. So verschärfte das britisch-imperiale Nahrungsregime den diskriminierenden Zugang zu Nahrung entlang von Klassen- und Geschlechterzugehörigkeit sowie nach ethnischen Kategorien. In Kenia (British East Africa) zum Beispiel wurden vor allem junge Männer auf die Siedlerfarmen in die fruchtbaren White Highlands gezwungen. Zuvor hatte sich die britische Kolonialverwaltung das Hochland angeeignet und an Siedler:innen aus ganz Europa verkauft. Die lokale Bevölkerung wurde ihrer fruchtbarsten Gebiete enteignet und in Native Reserves zusammengepfercht. Zeitgleich mechanisierte die Kolonialverwaltung die lokalen Anbausysteme (zunächst mit Pflug und Ochsen) und propagierte den Anbau von Mais in Monokulturen statt Sorghum im Mix mit vielfältigen proteinhaltigen Nahrungspflanzen.

Zweifelsohne waren die traditionellen Agroforstsysteme mit harter Feldarbeit verbunden. Das Leben in Kenia war – insbesondere nach der Heuschreckenplage und der verheerenden Hungersnot 1899 – alles andere als ein Schlaraffenland. Doch die Entscheidungshoheit über das, was produziert, gegessen und gehandelt wurde, hatten die afrikanischen Bauern und Bäuerinnen in der Zeit vor der Siedlerepoche noch selbst inne. Mit der kolonialen Land- und Viehwirtschaft wurde die lokale Produktion komplett auf den Kopf gestellt: Wer Ernten einfahren und verkaufen wollte, musste Landbesitztitel vorweisen und brauchte Geld für Pflug, Ochsen, Saatgut und Dünger. Viele Männer verdingten sich als Wanderarbeiter in den Highlands oder beim Eisenbahnbau, während Aussaat, Jäten und Ernte in Frauenhände fiel. Während die Nahrungsvielfalt der kolonisierten Landbevölkerung zurückging und Eiweiß und Gemüse knapper wurden, konnte Großbritannien seine Importe an Weizen und Rindfleisch erhöhen. Die billigen Grundnahrungsmittel für die wachsende Industriearbeiterschaft vermochten deren Protestpotenzial einzudämmen und Lohnkosten gering zu halten. Zugleich entzogen britische Siedler:innen der lokalen Bevölkerung in Kenia die Lebensgrundlage, während Kolonialsoldaten und Siedler:innen im Empire mit Corned-Beef-Konserven versorgt wurden.

### *Almosen und Gnadenbrot*

Zum Ende des Zweiten Weltkrieges erklärten die ersten Kolonien ihre Unabhängigkeit, weitere folgten bald. Als aufstrebende Kolonisatoren privatwirtschaftlicher Machart, die nach Land und Absatzmärkten hungerten, konstituierten sich nun Produzenten von Kunstdünger, Saatgut, Pestiziden und Landmaschinen. 1945 begann Monsanto, Agrarprodukte zu vermarkten. Die BASF fuhr die Düngemittelproduktion hoch. Die Hi-Bred Corn Company (später Pioneer Hi-Bred) propagierte in der ganzen Welt den Einsatz von Hybridmais. Sein Anbau ging mit steigendem Verbrauch an Kunstdüngern, Pflanzenschutzmitteln und dem Einsatz von Maschinen einher. Firmengründer Henry Wallace wurde später zunächst US-Landwirtschafts-, dann Handelsminister und schließlich Vizepräsident, womit sein Einfluss auf die Exportstrategie amerikanischer Agrarprodukte wuchs.

Auch das Rockefeller-Programm und die Ford Foundation prägten mit der Förderung von Hochertragssorten die Zukunft der Landwirtschaft: finanzintensive Monokulturen auf Basis käuflichen Saatguts statt agrobiologischer Vielfalt in Mischkultur und Bauernhand. Die staatliche Förderung entsprechender Entwicklungsprogramme, Stiftungsgelder und Privatwirtschaft agierten mit vereinten Kräften am agroindustriellen Wandel der Landwirtschaft in den ehemaligen Kolonien.

### *In den Blechschüsseln der Armen*

Bis heute hat die koloniale Geschichte des Nahrungsanbaus konkreten Einfluss auf agrarpolitische Abkommen und die Nahrungsmittelproduktion. Die Entscheidungen darüber, welche Rezepte gegen den Hunger als wirksam erachtet werden, die Definitionen, was eine angemessene Ernährung ausmacht und die Strategien, wie Ernährungssicherheit zu realisieren ist, basieren historisch auf einer Wissensproduktion, die von kolonialrassistischem Gedankengut mitgeprägt wurde. Lokale Nahrungssysteme wurden darin als „archaisch und unterentwickelt“ abgewertet. So wurde neben dem Schwund an biologischer Vielfalt durch die Ausdehnung von Monokulturen, giftigen Pflanzenschutzmitteln und die Dominanz weniger Nahrungspflanzen auch der Reichtum der Wissenssysteme dezimiert.

Hinter dieser zerstörerischen Dynamik stehen die treibenden Kräfte der kapitalistischen Verwertungslogik. Womit der zweite wirkmächtige Mechanismus angesprochen ist, der im kolonialen Konkurrenzkampf der Großmächte zur Prägung des heute dominanten Ernährungssystems beigetragen hat: der Kampf um Absatzmärkte. Er brachte den Protektionismus ebenso hervor wie den Freihandel in seiner jetzigen Form. In der jüngeren Vergangenheit hat dieser Konkurrenzkampf die Enteignung von lokalen Nahrungsproduzent:innen nochmals auf ganzer Linie verstärkt, sei es bei Landnahme, Saatgut, Wissen oder Verarbeitung. Die transnationalen Konzerne auf dem Agrarmarkt sowie die von ihnen finanzierten Agrarforschungsinstitute bestimmen weithin, welche Speisen auf den Lifestyle-Gedecken der Reichen landen – und welche in den Blechschüsseln der Armen.

***Martina Backes ist Biologin und Mitarbeiterin des iz3w.***
***Eine erheblich längere Fassung findet sich im Themenschwerpunkt Welternährung, iz3w 382: www.iz3w.org/zeitschrift/ausgaben/382_welternaehrung***

ARBEITSBEDINGUNGEN

# ISOLIERT UND ENTRECHTET: POSTKOLONIALE LANDWIRTSCHAFT IN ANDALUSIEN

***Huelva liegt am südwestlichen Zipfel Spaniens. Von der „Provinz der Entdecker“ aus stachen Kolumbus‘ Schiffe in See und leiteten die Epoche kolonialer Dominanz ein. Heute erwirtschaftet die Region beachtliche Gewinne durch das „rote Gold“: spanische Himbeeren, Heidelbeeren und Erdbeeren stammen zu fast 100 Prozent aus Huelva. Die Ernte basiert maßgeblich auf der Eingliederung von Arbeitskräften aus ehemaligen Kolonien und historisch beherrschten Gebieten.***

Der Transformationsprozess der andalusischen Peripherie zum „Kalifornien Europas“ setzte mit dem Ende der Diktatur Francos und dem Beitritt des Landes in die Europäische Gemeinschaft ein. Die Integration in die Weltmärkte und die aufkommende Dominanz der Supermarktketten verlangte nach einer Intensivierung der Produktion. In der Folge stieg die Landkonzentration, Formen kleinbäuerlicher Landwirtschaft wurden zurückgedrängt. Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung stieg die Zahl besser bezahlter Arbeitsplätze; viele andalusische Tagelöhner:innen wechselten in das Baugewerbe oder den Tourismussektor. Die körperlich harte und schlecht bezahlte Arbeit im Agrarsektor wurde sukzessive an Menschen aus Osteuropa und dem Globalen Süden externalisiert.

### *Saisonarbeit als Standortvorteil*

Die Agrarproduktion in Huelva ist saisonwirtschaftlich organisiert. Die Haupterntesaison zwischen Februar und Juni zieht zehntausende Wanderarbeiter:innen aus verschiedenen Regionen Spaniens an. Viele von Ihnen sind junge Männer aus dem Maghreb oder Ländern südlich der Sahara, die zum Teil schon viele Jahre in Spanien leben, aber über keine gültigen Papiere verfügen. „Es gibt ein klassisches Profil migrantischer Saisonarbeit. Von den Olivenhainen in Jaén kommen sie im Frühjahr nach Huelva. Es sind klar nachvollziehbare Routen“, erklärt ein Sprecher der andalusischen Gewerkschaft SAT. Hinzu werden jährlich etwa 20.000 Erdbeerpflückerinnen aus Marokko mit sogenannten ‚Ursprungsverträgen‘ angeworben (siehe Kasten). Für die Agrarindustrie ist diese Form der saisonalen „Just-in-time“-Auswahl von Arbeitskräften ein entscheidender Standortvorteil im globalisierten Agrar- und Ernährungssystem. Diese erlaubt es den Erzeuger:innen nicht nur, flexibel auf Nachfrage reagieren zu können, sondern erschwert den Arbeiter:innen auch, soziale Bindungen in der Region aufzubauen. „Von hier ziehen sie dann im Sommer weiter. Das macht die Organisierung für uns als Gewerkschaft natürlich schwierig“, so die SAT.

### *Komplexes System der Deregulierung*

Der Arbeitsalltag im Agrarsektor ist von Informalisierung geprägt. „Es gibt keine normalen Tage. Heute arbeitest du hier und morgen dort“, erzählt Pape. Er ist vor vielen Jahren aus dem Senegal gekommen. Die meisten Arbeiter:innen sind wie Pape als Tagelöhner:innen tätig. Um Festanstellungen zu umgehen, greifen die Agrarbetriebe bei der Anwerbung häufig auf ein komplexes System an Zeitarbeitsagenturen und eigens gegründeten, formal unabhängigen Schattenfirmen zurück. Verstärkt wird die soziale Unsicherheit durch die Bezahlung nach Akkord: „Du gehst erst nach Hause, wenn der Chef es erlaubt. Dein Geld kriegst du erst, wenn die Lastwägen voll sind.“ Auch Schutzmaßnahmen werden systematisch umgangen. Insbesondere Atemwegs- und Hautkrankheiten durch den Einsatz von Pestiziden stellen ein permanentes Risiko dar.

### *(Agro-)industrielle Reservearmee*

Eines der ältesten und wirksamsten Mittel der Disziplinierung liegt in der Schaffung überschüssiger Arbeitskraft.[1] Auch in Huelva hindert die ständige Verfügbarkeit einer (agro-) industriellen Reservearmee die Menschen an der Einforderung grundlegender Rechte. „Wenn du hier überleben willst, musst du dich unterwerfen. Wenn du protestiert, dann kommt morgen jemand anderes und nimmt deinen Platz ein“, beklagt Modibo. In den Aufenthaltsräumen der Betriebe hängen Verzeichnisse aus, in denen die Ernteerträge jeder Arbeiter:in erfasst sind. Zudem werden schwarze Listen geführt: Vertragsarbeiterinnen, die nicht problemlos ‚funktionieren‘, werden in der kommenden Erntesaison nicht mehr berücksichtigt.

### *Das fehlende Recht, Rechte zu haben*

Vor allem Arbeiter:innen ohne gültige Aufenthaltspapiere sind der Willkür schutzlos ausgeliefert. Aus Angst vor Abschiebung meiden sie, ihre Chefs bei den Justizbehörden oder der Arbeitsinspektion anzuzeigen. Seydou Diop ist Sprecher der Kampagne „Regularisierung Jetzt!“ und verweist auf die strukturelle Ebene dieser Entrechtung. „Wir fordern keine Almosen, sondern Gerechtigkeit. Aktuell können wir uns nicht wehren. Denn das Ausländergesetz sagt, dass du ohne Papiere keine Rechte hast.“ Die Gesetzgebung markiert Personen ohne Papiere als „die Anderen“, die nicht zur politischen Gemeinschaft gehören. Aufgrund ihres administrativen Status fehlt ihnen im Sinne von Hannah Arendt jeglicher Anspruch, Rechte zu haben, und die Menschen werden durch die Illegalität auf ihre bloße Arbeitskraft reduziert. Staatsbürgerschaft wird als „postkoloniales Ordnungsprinzip“[2] deutlich, welches den Ausschluss von sozialen Menschenrechten organisiert. Wer ohne Papiere in Spanien lebt kann zwar eine auf ein Jahr befristete Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis erhalten, doch paradoxerweise ist das Verfahren an formelle Lohnarbeitsverhältnisse geknüpft. Auch Modibo musste zunächst eine undokumentierte Beschäftigung annehmen und darauf hoffen, dass die Betriebsleitung ihn im Anschluss mit einem Vertrag bei der Regularisierung unterstützt: „Hart und viel arbeiten, dann hast du vielleicht Glück“.

*Feministischer Landarbeiterinnenstreik am Frauentag © Marian Henn*

### *Die ‚Vierte Welt‘*

Eine rassistische Wohnraumsegmentierung drängt tausende migrantische Arbeiter:innen in selbstgebaute Chabola-Siedlungen ohne Wasser und Strom. Die Siedlungen lassen sich mit den Worten des Philosophen Achille Mbembe als ‚Vierte Welt‘ begreifen – bewohnt von Menschen, die in einem Zustand dauerhafter Unsicherheit und Unsichtbarkeit die Ränder der Gesellschaften im Globalen Norden bewohnen. Auch Pape wohnt in einer Chabola unweit der Stadt Lepe: „Es gibt Menschen, die in einem Haus leben, gut belüftet, mit Wasser und Strom. Und nebenan lebt jemand in einer Baracke ohne Wasser und Strom. Und derjenige, der in der Baracke lebt, versorgt den, der in dem Haus wohnt mit Nahrungsmitteln“.
Die Verdrängung in die Elendssiedlungen nimmt eine zentrale Funktion für die Stabilisierung der Produktionsverhältnisse ein. Zum einen bilden sie einen strategischen Ort für die Rekrutierung billiger Arbeitskräfte. Zudem lässt sich durch regelmäßige Brandanschläge zum Ende der Erntesaison sicherstellen, dass die Menschen die Region verlassen, wenn ihre Arbeitskraft nicht mehr gefragt ist. Nicht zuletzt erweisen sich die Lebensbedingungen in den Chabolas als leicht verwertbar für kolonial-rassistische Diskurse, in denen die Bewohner:innen als Bedrohung für Recht und Ordnung stilisiert werden.

### *„Erdbeeren ja, aber mit Rechten!“*

In der Region regt sich zunehmend Widerstand. Neben der Sozialen Gewerkschaftsbewegung SAT treten migrantische und feministische Selbstorganisationen in den Vordergrund. In Kampagnen wie „fresas si, pero con derechos“ (Erdbeeren ja, aber mit Rechten) oder „patriarcado, racismo y capital: alianza colonial (Patriarchat, Rassismus und Kapital: koloniale Allianz)“ verweisen sie nicht nur auf strukturelle Zusammenhänge von Ausbeutung, repressiven Migrationspolitiken und Geschlechterungerechtigkeit. Zeitgleich entwickeln sie Visionen für den Aufbau agrarökologischer Alternativen. Denn „die Leute verstehen immer mehr, dass eine der Wurzeln der sozialen und ökologischen Probleme in der Industrialisierung der Landwirtschaft liegen“, erklärt Ana vom Kollektiv ‚Tagelöhnerinnen im Kampf‘. Unsere Aufgabe aus Deutschland liegt darin, diese Kämpfe solidarisch zu begleiten.

### *Die Ursprungsverträge*

Voraussetzung ist, dass es sich um Frauen zwischen 18 und 44 Jahren handelt, die familiäre Verpflichtungen in Marokko haben. Durch die Kriterien soll sichergestellt werden, dass sie nach der Saison in ihre Heimat zurückkehren. Im Zuge von sexueller Gewalt und systematischem Lohnbetrug entscheiden sich viele Frauen, die Betriebe vorzeitig zu verlassen. Da sie allerdings aufenthaltsrechtlich streng an den Ernteeinsatz gekoppelt sind, fallen die Arbeiterinnen in die Illegalität. Soziale Organisationen berichten über eine immense Feminisierung der Chabola-Siedlungen in den letzten Jahren. Grenzschließungen während der Pandemie und anhaltende Spannungen zwischen Spanien und Marokko, aber auch die zunehmende Zahl von Frauen, die sich zur Wehr setzen, haben das System zunehmend ins Bröckeln gebracht. Auf der Suche nach neuer Arbeitskraft startete die Agrarlobby mit dem Arbeits- und dem Entwicklungsministerium ein Pilotprojekt, welches seit diesem Jahr Arbeiterinnen aus Ecuador und Honduras anwirbt.

***Marian Henn ist Referent bei FIAN Deutschland. Seine Masterarbeit hat er an der Uni Cádiz zu illegalisierter migrantischer Arbeit in Andalusien verfasst.***

1 Tietje, Olaf: Subalternisierende Prozeduren, prekärer Alltag und Selbstorganisierung. Migrantische Landarbeiter_innen im Süden der EU.

2 Avallone, Gennaro. Migraciones postcoloniales, agricultura global y colonialidad del trabajo.

PESTIZIDE

# KOOPERATION MIT DER PESTIZID-INDUSTRIE: KANN DIE FAO IHREM MANDAT NOCH GERECHT WERDEN?

***Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) geht Partnerschaften mit Unternehmen ein, die ihrem Mandat widersprechen. FIAN International und Corporate Accountability haben aktuell eine Studie mit beunruhigenden Ergebnissen veröffentlicht.[1] Hierin wird insbesondere die neue Strategie der FAO zur Zusammenarbeit mit dem Privatsektor beleuchtet. Ausnahmeregelungen ermöglichen Kooperationen selbst bei bestätigten Risiken. Die Studie zeigt anhand der Kooperation mit dem Handelsverband CropLife International, der alle großen Pestizid- und Saatgutunternehmen vertritt, wie sehr Privatunternehmen die FAO bereits vereinnahmen.***

### *Was ist das Mandat der FAO?*

Die spezielle Aufgabe, mit der die FAO betraut wurde, also ihr Mandat, ist die Anhebung des Ernährungsniveaus und des Lebensstandards sowie der Schutz natürlicher Ressourcen, um die Lebenssituation der ländlichen Bevölkerung zu verbessern.[2] Die ländliche Bevölkerung umfasst insbesondere kleine Lebensmittelproduzent:innen und Landarbeiter:innen. Die FAO soll also diejenigen schützen, die die Welt ernähren, aber gleichzeitig am stärksten von Hunger und Unterernährung betroffen sind. Darüber hinaus ist die FAO als Sonderorganisation der Vereinten Nationen grundlegend an die UN-Charta gebunden und muss all ihre Tätigkeiten unter Achtung der Internationalen Menschenrechte ausführen.

### *Kooperation der FAO mit dem Privatsektor*

Der Einfluss von privaten Unternehmen auf die Arbeit der FAO erfolgt vor allem durch finanzielle Kooperationen. Denn die FAO wird sowohl durch Pflichtbeiträge der Mitgliedsstaaten, als auch durch freiwillige Beiträge finanziert. Der Anteil der freiwilligen Beiträge macht 69 Prozent des Gesamtbudgets 2022/2023 aus und setzt sich aus staatlichen sowie privaten Teilen zusammen. Private Geber können ihre Beiträge an Konditionen knüpfen und hierdurch konkret Einfluss nehmen – auch wenn die Interessen der Geldgeber vom FAO-Mandat abweichen. Besonders besorgniserregend: Die FAO veröffentlicht keine genauen Informationen über die privaten Beiträge und die damit verbundenen Konditionen.

### *Neue Strategie erhöht Einfluss des Privatsektors*

Mit ihrer neuen Strategie [3] möchte die FAO die Partnerschaften mit dem Privatsektor revitalisieren. Die Vereinten Nationen nennen dies in den Sustainable Development Goals (SDG) als einen wichtigen Ansatz für eine nachhaltige Entwicklung. Die aktuelle Studie von FIAN International macht jedoch deutlich, dass die FAO diesen Ansatz vor allem im Interesse des Privatsektors auslegt.

Die Strategie wird von einem neuen Rahmenwerk zur Bewertung potenzieller Partnerunternehmen begleitet. Dieses legt Ausschlusskriterien sowie eine Liste von Hochrisikosektoren fest. Alle Unternehmen, die die Kriterien erfüllen oder einem solchen Sektor angehören, sollen – selbst rückwirkend – von einer Zusammenarbeit ausgeschlossen werden. Unter die Ausschlusskriterien fallen Geschäftspraktiken, die mit den Werten der UN und den Menschenrechtsverträgen unvereinbar sind. Als Hochrisikosektoren werden jene bezeichnet, die grundlegend ein besonders hohes Risiko bergen, z.B. die Förderung von Öl und Gas, Bergbau und die großflächige Landwirtschaft. Der entscheidende Haken ist eine Ausnahmeregelung: unter der Bedingung, dass eine Kooperation einen „wesentlichen Vorteil“ für die Zielgruppe und Stakeholder der FAO erzielt, kann sie von einer internen Stelle der FAO genehmigt werden – trotz bestätigter Risiken. Unklar bleibt, unter welchen Kriterien und wie Partner bei Verstößen zur Rechenschaft gezogen werden können.

### *Kooperation der FAO mit CropLife*

Im Oktober 2020 willigte die FAO in eine Partnerschaft mit CropLife International ein, zu dessen Mitgliedern etwa BASF, Bayer Crop Science und Syngenta zählen. CropLife setzt sich für die ungezügelte Verwendung von Düngemitteln, Pestiziden und zertifiziertem Saatgut ein.

Dies steht im direkten Gegensatz zu den Interessen der FAO. Denn die FAO setzt zur Verbesserung der globalen Ernährungssituation ausdrücklich auf die Agrarökologie und Pestizidreduktion. Weltweit erleiden jährlich 385 Millionen Bäuer:innen und Landarbeiter:innen akute Pestizidvergiftungen. CropLife hat jedoch ein ureigenes Interesse daran, Gewinne aus dem fortgesetzten Verkauf von hochgiftigen Pestiziden aufrechtzuerhalten oder gar zu steigern. Wie können wir angesichts dessen erwarten, dass sie Bemühungen der FAO unterstützt, die Abhängigkeit der Bäuer:innen von ihren Produkten zu verringern?

*Banner gegen die Kooperation von FAO und CropLife © PANNA*

In der Kooperationsvereinbarung von FAO und CropLife wird auch erklärt, die Zusammenarbeit solle durch Produktionssteigerung zur Reduktion von Pestizidrisiken beitragen. Diese will man durch hybrides oder genmodifiziertes Saatgut erreichen, welches allerdings nur mit der Beigabe der zugehörigen Agrarchemikalien gedeiht – also jener fatalen Produktkombination, mit der die Mitglieder des Handelsverbands ihre Profite erzielen. Die Abhängigkeit von Hybridsaatgut, das nicht vermehrt und nur im Zusammenhang mit teuren und gefährlichen Agrochemikalien verwendet werden kann, verletzt die Rechte von Kleinbäuer:innen, verhindert die Verwirklichung des Menschenrechts auf Nahrung und führt zu Hunger und Mangelernährung.

### *Forderungen an die FAO und ihre Mitgliedsstaaten*

Die Kooperation mit CropLife und weitere Beispiele der Studie machen deutlich: Die Agroindustrie verfügt über großen Einfluss auf die Arbeit der FAO und nutzt diesen für seine profitorientierten Interessen. Dies bedeutet aber nicht, dass es nun kein Zurück mehr gibt. So existieren in anderen UN-Institutionen Mechanismen, die den Einfluss des Privatsektors beschränken – etwa das Rahmenwerk der Weltgesundheitsorganisation für das Engagement mit nichtstaatlichen Akteuren – und die auf die FAO übertragen werden können.

FIAN fordert die Umsetzung von Lösungsvorschlägen, durch welche die Souveränität und Handlungsfähigkeit der FAO im Sinne ihres Mandates wiederhergestellt werden könnte. Neben einer Beendigung aller Partnerschaften mit Unternehmen, die zu einem Interessenskonflikt zum Mandat der FAO führen, muss sich die FAO zu vollständiger finanzieller Transparenz verpflichten und öffentliche Beschwerdeverfahren einführen. Auch die Mitgliedsstaaten stehen in der Pflicht, den Einfluss von Unternehmen auf die strategische Ausrichtung der FAO zu verhindern.

### *Lang erwartete Reaktion der FAO*

Am 25. Juli empfing die stellvertretende Generaldirektorin der FAO, Beth Bechdol, Vertreter:innen der Zivilgesellschaft, darunter auch FIAN International – anderthalb Jahre nach der ersten Anfrage. Sie erklärte, trotz gegensätzlicher Aussagen des Verbands und selbst dess FAO-Direktors für den Privatsektor, dass die Beziehung informell und ausdrücklich keine Partnerschaft sei. Nur eine formelle Partnerschaft mit finanziellen Beiträgen verpflichtet jedoch zu einer Prüfung unter dem neuen Rahmenwerk. Ob die FAO eine solche formelle Partnerschaft anstrebt, bleibt auch nach dem Gespräch unklar. Die zivilgesellschaftlichen Vertreter:innen vermuten daher, dass CropLife hinter den unklar definierten Regelungen bereits großen Einfluss genießt, und fordern die FAO dringend auf, von jeder weitergehenden Kooperation abzusehen, um ihr wichtiges Mandat ungehindert ausführen zu können.

FIAN Österreich übermittelte bereits im November 2020, nachdem die FAO die Absicht einer Partnerschaft mit CropLife erklärte, einen Offenen Brief von über 350 internationalen Organisationen und 250 Wissenschaftler:innen an die österreichische Regierung mit der Forderung, ihren Einfluss bei der FAO geltend zu machen. Wir beteiligen uns an der laufenden internationalen Kampagne gegen diese toxische Allianz. Insbesondere bestehen wir dabei auf rückwirkend verpflichtende Due-Diligence-Verfahren, Transparenz-Richtlinien für freiwillige Beiträge und öffentlich zugängliche Rechenschaft- und Haftungsmechanismen. Gemeinsam mobilisieren wir mit dem Pesticide Action Network (PAN International) weiterhin, um Druck auf die FAO auszuüben, damit sie ihr Engagement zur Förderung eines gerechten, widerstandsfähigen Ernährungssystems durch Agrarökologie aufrechterhält.

***Sarah Widdig, FIAN Deutschland und Tina Wirnsberger, FIAN Österreich***

1 https://www.researchgate.net/publication/336686924_Worldwide_pesticide_usage_and_its_impacts_on_ecosystem

2 https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G21/397/86/<PDFG2139786.pdf?OpenElement

3 Carlo Fadda, “The farmer’s role in creating new genetic diversity”, in Farmers’ Crop Varieties and Farmers’ Rights: Challenges in Taxonomy and Law, Michael Halewood, ed. (London, Routledge, 2016)

FALLARBEIT

# ABHÄNGIGKEIT VON AGROINDUSTRIE VERSCHLECHTERT ERNÄHRUNGSSITUATION IN SAMBIA

***Wenige Länder der Welt sind so stark von Hunger betroffen wie Sambia. Die Folgen des Ukrainekrieges sind auch hier, 7.000 Kilometer vom Kriegsschauplatz entfernt, deutlich zu spüren. Die Auswirkungen auf dem Getreide-, Ölsaat- und Düngermarkt treffen nämlich vor allem jene Länder, die in den vergangenen Jahrzehnten in eine zunehmende Abhängigkeit von landwirtschaftlichen Inputs wie chemischen Düngern und Pestiziden gedrängt worden sind.***

*Pestizidwerbung in Sambia*
*© FIAN Deutschland*

Wer in Sambia unterwegs ist, begegnet dort hunderten Werbeschildern von Agrarkonzernen wie Bayer oder Syngenta. Dort wird zumeist Mais in Monokulturen angebaut. Internationale Geldgeber – auch europäische Regierungen – haben die Landwirtschaft viele Jahre lang zu immer mehr Agrarchemie gedrängt. Durch den Krieg schießen die Düngerpreise nun regelrecht durch die Decke. Um ihre eigenen Interessen durchzusetzen, nutzen die Konzerne auch den Ukraine-Krieg schamlos aus. Sie torpedieren die Umsetzung von EU-Strategien zur Pestizidreduktion und machen Druck, den Globalen Süden durch die Subventionierung von inputintensiver Landwirtschaft im Namen der Hungerbekämpfung weiter in die Abhängigkeit ihrer Dünger, Samen und Pestizide zu treiben.

### *Bevölkerung in prekärer Situation*

Kolleg:innen von FIAN Deutschland waren im Rahmen einer Recherchereise kürzlich in Kembe, nördlich der Hauptstadt Lusaka und haben dort ein „Hilfsprojekt“ besucht, das von Agrarkonzernen und westlichen Regierungen finanziert wird. Die Bäuer:innen erhalten gegen Kredit Kunstdünger und kommerzielles Saatgut. Die hohen Düngerpreise stellen sie vor existentielle Probleme. Denn wenn die Ernte niedrig ist, schnappt die Schuldenfalle zu. Einer der Betroffenen beschreibt die Lage mit drastischen Worten: „Nach der Ernte bleibt uns kein Gewinn. Um die Schulden zu bezahlen, müssen wir unsere Kühe verkaufen.“

Die Bäuerinnen und Bauern müssen angesichts der exoribtant hohen Preise umdenken, auch in Kembe. Sie berichten jedoch, dass ein Umstieg auf traditionelle Pflanzen in der aktuellen Krisensituation alleine kaum zu schaffen sei. Zumal die Regierung nie in den Anbau und die Vermarktung von Maniok und Co. investiert hat.

### *Agrarökologie als Ausweg*

Die Abhängigkeitsspirale kann durchbrochen werden, wenn die Bäuer:innen in der Anwendung und Entwicklung agrarökologischer Methoden unterstützt werden. Dazu muss ihr Zugang zu Land und natürlichen Ressourcen ebenso sichergestellt sein, wie die finanzielle und politische Förderung von Biodiversität durch traditionelle Saatgutsysteme und die Stärkung von Lieferketten mit kurzen Wegen und lokalen, territorialen Lebensmittelmärkten.

Die Abhängigkeit von gefährlichen Pestiziden untergräbt die Rechte heutiger und künftiger Generationen. Gefährliche Pestizide sind unvereinbar mit dem Recht auf:

- Gesundheit
- Eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt
- Sichere Arbeitsbedingungen
- Angemessene Nahrung und sauberes Wasser
- Ein würdiges Leben

sowie mit den Rechten von indigenen Völkern, Frauen, Kindern, Arbeiter:innen und Kleinbäuer:innen und anderen Menschen, die in ländlichen Gebieten arbeiten, die das Recht einschließen, keine gefährlichen Pestizide zu verwenden oder ihnen ausgesetzt zu sein.

***Lukas Schmidt, FIAN Österreich***

FALLARBEIT

*© Goliathwatch e.V.*

# UGANDA: TROTZ GERICHTLICHER EINIGUNG BISHER KEINE ENTSCHÄDIGUNG

***Die Entschädigung war am 30. Juni 2022 fällig. Kläger:innen befürchten, dass der ugandische Staat der richterlichen Anordnung nicht folgen wird.***

Die Vertriebenen der Kaffeeplantage der Neumann Kaffee Gruppe in Uganda haben weiterhin keine Gewissheit, ob sie für den Verlust ihres Besitzes entschädigt werden. 258 der ursprünglich 401 Kläger:innen haben 2021 das Angebot der ugandischen Staatsanwaltschaft angenommen, sie mit 2001 berechneten (sehr geringen) Beträgen für den Verlust ihres Besitzes zu entschädigen und eine Pauschale für die Verfahrenskosten auszuzahlen. Im Februar 2022 hat der zuständige Richter diese Übereinkunft in Kraft gesetzt. Gemäß seiner Verfügung hätte der Staat die Entschädigung bis zum 30. Juni 2022 überweisen müssen. Dies hat er jedoch weder getan, noch hat er sich dazu geäußert.

Die 285 Familien befürchten nun, dass der ugandische Staat der richterlichen Anordnung nicht folgen wird. Der Fall, der sich im August bereits zum 21. Mal jährte, offenbart auch die Schwächen des deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes, in dem nach wie vor effektive Rechtswege für Betroffene wie die vom ugandischen Tochterunternehmen der Hamburger Neumann Kaffee Gruppe Vertriebenen fehlen. Umso mehr fordert FIAN ein starkes Lieferkettengesetz für Europa und Österreich, welches deutliche Verbesserungen gegenüber dem EU-Entwurf und dem deutschen Gesetz bringen muss. FIAN Deutschland und Goliathwatch stellten im August 2022 eine Studie vor, welche die Schwächen der beiden Gesetzestexte belegt.[1]

Die im August erschienene Studie „Mit einem starken Lieferkettengesetz wäre das so nicht passiert“ von Goliathwatch analysiert das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz sowie den Entwurf der EU. Sie kommt zu dem Schluss, dass ein starkes Lieferkettengesetz die Vertreibung für die Kaweri Plantage wahrscheinlich verhindert hätte. Die Analyse zeigt auf, dass das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz nur ein Startpunkt sein kann, weil es durch zu viele menschenrechtliche Lücken unzählige Opfer allein lässt. Selbst der stärkere Gesetzesentwurf der Europäischen Kommission greift zu kurz, denn Klagemöglichkeiten ohne Beweiserleichterung für die Opfer machen den Rechtsschutz aussichtslos. Opfer von Menschenrechtsverletzungen brauchen einen Rechtsrahmen, der faire Bedingungen schafft, Soforthilfe und ein zeitnahes rechtskräftiges Urteil. Ein Gerichtsverfahren über 20 Jahre macht effektiven Rechtsschutz unmöglich.

Zur Vorbeugung solcher Menschenrechtsverletzungen und für den Schutz der Betroffenen braucht es ein wirksames Gesetz mit effektiven Klagemöglichkeiten. Das Engagement der vielen Jahre, in denen FIAN die Vertriebenen der Kaweri-Plantage begleitet, zeigt auch Wirkung. Ganz aktuell haben Betroffene berichtet, dass die ausländische Unterstützung viele weitere Vertreibungen verhindert hat: „Die Investoren haben jetzt Angst, weil sie gehört haben, was mit Kaweri passiert ist. Wir sind so dankbar für diese Unterstützung. Jetzt wissen sie, dass wir als Menschen auch Macht haben!“

***Tina Wirnsberger, FIAN Österreich***

1 Studie „Mit einem starken Lieferkettengesetz wäre das so nicht passiert“: goliathwatch.de/wp-content/uploads/2022/08/Goliathwatch-20220818-NKG-web-2_6-MB.pdf

FALLARBEIT

# RECHERCHE IN KAMBODSCHA: UNTERDRÜCKUNG DER ZIVILGESELLSCHAFT, LAND GRABBING UND ÜBERSCHULDUNG

***Nach fast zwei Jahren coronabedingter Reisebeschränkungen öffnete Kambodscha Anfang des Jahres seine Grenzen. Dies machte eine erneute Recherchereise von FIAN möglich. Die Menschenrechtslage in dem südostasiatischen Land hat sich in der Zwischenzeit nochmals deutlich verschlechtert.***

*Sicherheitskräfte tragen streikende Arbeiterin weg*
*© LICADHO*

Betrachtet man die offiziellen Infektions- und Todeszahlen, so scheint Kambodscha vergleichsweise glimpflich durch die Pandemie gekommen zu sein. Doch die ökonomischen und sozialen Auswirkungen sind enorm: Wichtige Wirtschaftszweige wie der Tourismus, der Bausektor und die Textilbranche wurden hart getroffen. Allein im Jahr 2020 schrumpfte die Wirtschaft um drei Prozent. Die Anzahl der Kambodschaner:innen, die unterhalb der offiziellen Armutsgrenze leben, verdoppelte sich. Die autoritäre Regierung Kambodschas nutzte die Pandemie zudem, um Freiheiten weiter einzuschränken und die Zivilgesellschaft mundtot zu machen. So missbrauchten die Behörden Anfang 2022 das weitreichende und vage formulierte COVID-19-Gesetz, um einen über Wochen andauernden gewerkschaftlichen Streik niederzuschlagen, hunderte Arbeiter:innen in überfüllte Quarantäne-Zentren einzusperren und etliche Gewerkschaftsführer:innen ins Gefängnis zu werfen. Die Gewerkschaft in Phnom Penh berichtete gegenüber FIAN, wie Polizei und Sicherheitskräfte die jungen Arbeiterinnen bei der Auflösung der Streiks sexuell belästigten und die Gewerkschaftsführerin unter rabiater Gewaltanwendung verhafteten.
Auch Landrechtsverteidiger:innen werden von Behörden und Justiz eingeschüchtert und verfolgt. In der Provinz Koh Kong traf FIAN Vertreter:innen von 175 Familien, die sich für Wiedergutmachung für die gewaltsame Vertreibung infolge der Errichtung von riesigen Zuckerrohrplantagen einsetzen. Die Konzessionen in Koh Kong und anderen Provinzen des Landes wurden vor über zehn Jahren an kambodschanische und ausländische Agrarkonzerne vergeben, welche dort Zucker für den Export in die Europäische Union anbauen. Bis heute setzen sich Tausende Familien in verschiedenen Teilen des Landes für ihre Rechte ein und verlangen Entschädigung. Vor Ausbruch der Pandemie versprachen die Behörden, die Landkonflikte endlich zu lösen. Doch dann nutzte die Regierung COVID als Vorwand, um die angestoßenen Prozesse erneut aufzuschieben. Und statt die Konflikte zu lösen, werden Landrechtsaktivist:innen mit Klagen übersät. Allein in den betroffenen Gemeinden in Koh Kong sind zwölf Gemeindevertreter:innen wegen angeblicher Aufwiegelung und Diffamierung angeklagt.

### *Mikrofinanzkrise*

Seit Beginn der Pandemie hat sich in Kambodscha auch die Mikrofinanzkrise weiter verschärft. Im Rahmen der Recherchereise sprach FIAN mit verschiedenen Mikrokreditnehmer:innen, die von Überschuldung betroffen sind und zur Begleichung der Schulden zum Verkauf ihres Landes gedrängt werden. Die involvierten Kreditinstitute werden u. a. von europäischen Entwicklungsbanken sowie privaten Mikrofinanzinvestoren wie Oikocredit finanziert. Eine Frau, die ihren Landtitel als Sicherheit für einen Kredit abgeben musste, berichtete FIAN: „Das Mikrokreditinstitut forderte mich immer wieder auf, Geld bei Kredithaien zu leihen oder mein Land zu verkaufen, um die Schulden zu begleichen. Aber wenn ich mein Land verkaufe, habe ich nichts mehr.“ Die Frau kann nicht lesen und schreiben und verstand den Kreditvertrag nicht, den sie unterzeichnen musste. Jetzt leidet sie permanent unter Stress und Angst, da sie keinen Ausweg aus der Schuldenfalle findet.
Solche Schicksale sind leider kein Einzelfall. Hunderttausende Kambodschaner:innen sind durch Mikrokredite hoch verschuldet und werden oftmals zu Landverkäufen gezwungen. Die Menschenrechtsorganisationen LICADHO und Equitable Cambodia haben daher im Auftrag von Kreditnehmer:innen eine Beschwerde bei der Weltbank-Tochter IFC wegen Menschenrechtsverletzungen im Zuge der Überschuldung eingereicht. FIAN unterstützt das Beschwerdeverfahren und arbeitet eng mit den Partnerorganisationen zusammen, auch um europäische Entwicklungsbanken und private Mikrofinanzinvestoren zur Verantwortung für ihre langjährigen Finanzierungen des aufgeblähten und dysfunktionalen Mikrofinanzsektors zu ziehen.

***Mathias Pfeifer ist Referent für Fallarbeit bei FIAN Deutschland.***



FALLARBEIT

# BRASILIEN: FIAN FORDERT AUFKLÄRUNG DES „MASSAKERS VON GUAPOY“

***Am 24. Juni 2022 drangen Einheiten der Militärpolizei und Großgrundbesitzer in das von den Guarani-Kaiowá besetzte Gebiet Tekoha Guapoy ein, um diese gewaltsam zu vertreiben. Die Guarani-Kaiowá sprachen in einem ersten Statement[1] von bis zu vier Toten und mindestens zehn Verletzten.***

FIAN reagierte auf das „Massaker von Guapoy“ umgehend mit einer Eilaktion an die Brasilianische Regierung sowie die Verwaltung der Region Mato Grosse do Sul. In dem Offenen Brief wurde eine lückenlose Aufklärung der gewaltsamen Vorfälle gefordert. FIAN begleitet die Guarani-Kaiowà seit über einem Jahrzehnt bei ihrem Kampf um Land, Würde und Selbstbestimmung.[2]
Dieser Vorfall ist kein Einzelfall und spitzt einen schon lange schwelenden Konflikt zu. Ursächlich ist das Versäumnis des brasilianischen Staates, indigene Territorien abzugrenzen und ihre Landrechte durch offizielle Besitztitel zu stützen. Das Volk der Guarani-Kaiowá wartet, wie viele andere Gemeinschaften, schon seit Jahrzehnten auf die Anerkennung ihres rechtmäßigen Landes. Aufgrund der Untätigkeit der Behörden hatten die Guarani-Kaiowá das Land Guapoay schließlich besetzt, um ihrer Forderung nach Rückgabe Ausdruck zu verleihen.

### *In Reservate gezwungen*

Der gewaltsame Landraub und die Missachtung indigener Rechte reicht zurück bis in die Zeit der kolonialen Eroberung. Mit der Ankunft der portugiesischen Kolonialmacht im Jahr 1500 im heutigen Brasilien wurde indigenes Land an Dritte verkauft, um es für die wirtschaftliche Ausbeutung freizugeben. In der Region Mato Grosso do Sul, in dem die Guarani-Kaiowá von Tekoha Guapoy seit jeher leben, wurden die indigenen Gruppen von Vertretern des Staates in Reservate gezwungen. In diesen leben sie bis heute unter unwürdigen Bedingungen. Das Gebiet ist zu klein bemessen und überfüllt. Aufgrund der Verschlechterung der Bodenqualität und Mangel an Platz für die Aussaat können die Familien sich nicht mehr selbst ernähren. Hinzu kommt, dass die zu hohe Bevölkerungsdichte zu Gewalt und Konflikten führt. Die Menschen leiden unter Hunger und Mangelernährung und werden bei Versuchen ihr Land zurückzufordern immer wieder mit viel Gewalt vertrieben, wie zuletzt vom Tekoha Guapoy.

### *Leben in Freiheit und Würde: Nur mit ihrem Land*

Ohne ihr Land können die indigenen Völker nicht in Freiheit und Würde leben.[3] Denn der Zugang zu Land ist nicht nur die Bedingung für den Genuss der grundlegenden Menschenrechte auf Nahrung, Wasser und Wohnen. Für die Guarani-Kaiowá – wie für viele andere Indigene in Brasilien – hat ihr

*© FIAN International*

Land über die materielle Ebene hinaus zudem eine spirituelle Bedeutung und bildet einen fundamentalen Bestandteil ihrer Identität. Um es in ihren eigenen Worten zu sagen: „Wir sind das Land, und das Land ist wir“. Mit der Die ILO-Konvention 169 zum Schutz Indigener Völker, welche von Brasilien ratifiziert wurde, wird die Bedeutung des Zugangs zu Land auch in einem international verbindlichen Rechtsinstrument anerkannt. Indem die Regierung das Land der indigenen Gruppen nicht kennzeichnet und rechtlich anerkennt, verstößt sie gegen die eigene Verfassung und internationale Verträge und verletzt damit ihre Pflicht, das Recht auf Nahrung zu respektieren, zu schützen und zu gewährleisten. Im Hinblick auf die wirtschaftlichen Interessen der brasilianischen Regierung unter Bolsonaro, immer mehr indigenes Land für agroindustrielle Zwecke oder Bergbau freizusetzen, scheint die Hoffnung auf eine offizielle Anerkennung aber immer unwahrscheinlicher – umso mehr, wenn es nach den Wahlen nicht zu einem stabilen Kurswechsel kommen sollte.

***Tina Wirnsberger, FIAN Österreich***

1 Statement der Guarani-Kaiowá: cimi.org.br/wp-content/uploads/2022/06/Nota-Aty-Guasu-Guapoy-25.06.2022.pdf
2 Mehr zur FIAN-Fallarbeit: fian.at/de/faelle/brasilien-guarani-kaiowa .
3 Factsheet (2016): fian.at/de/publikationen/bestellen-download/fs-2016-guarani-kaiowa/

# VERANSTALTUNGSBERICHTE

## FIAN KOLUMBIEN ZU GAST IN WIEN

*Anfang September waren unsere Kolleg:innen Paola Romero und Juan Carlos Morales González von FIAN Kolumbien im Rahmen eines gemeinsamen Projekts mit der Dreikönigsaktion zu Gast in Wien.*

*© FIAN*

In zwei Terminen mit Außen- und Klimaministerium standen menschenrechtsbasierte Lösungen im Fokus, um die besorgniserregende Ernährungssituation in Kolumbien zu überwinden: Agrarökologie sowie die Implementierung der UN-Erklärung für die Rechte von Kleinbäuer:innen. Die bedrohliche Lage des in Kolumbien vielfach verletzten Menschenrechts auf Nahrung trifft besonders Kinder und Jugendliche, Frauen, Migrant:innen, bäuerliche Gemeinden sowie indigene und afroamerikanische Völker. Daher kam FIAN in Begleitung von zwei Community-Vertreter:innen nach Europa.

Deyanira Gonzalías Rodallega aus dem Norden von Cauca und José Mendoza Sampayo aus der Gemeinde Corcovado im Süden von Bolívar brachten den interessierten Vertreter:innen der Ministerien persönlich ihre Situation näher. Sie berichteten, wie es ihnen in Zusammenarbeit mit FIAN und der DKA durch agrarökologische Methoden gelingt, sich wieder selbst zu ernähren, aber dass Pestizideinsätze auf umliegenden Feldern, Klimaveränderungen oder Landraub ihnen dies erschweren. Die Gemeinden im Norden von Cauca bauen sogenannte „Ernährungskorridore“ auf, indem sie ihr traditionelles Saatgut schützen und vermehren. Die Gemeinde Corvado legt insbesondere Wert darauf, ihren Kindern spielerisch wieder die Bedeutung einer gesunden Umwelt und nahrhafter Ernährung zu vermitteln.

Neben den fruchtbaren Ministeriumsgesprächen konnten wir aus dem Austausch mit unseren Kolleg:innen viel Inspiration mitnehmen. Wir bedanken uns bei BMEIA und BMK für die konstruktiven Gespräche und bei den kolumbianischen FIANistas und der DKA für die gute Zusammenarbeit und die gemeinsame Zeit!

## FIAN BEIM UN MENSCHENRECHTSRAT: KLIMAGERECHTIGKEIT EINFORDERN!

*Unser Vorstandsmitglied Lisa Schrammel besuchte im Juni gemeinsam mit einer Jugenddelegation von Südwind (# Voices of Change) die 50. Tagung des UN-Menschenrechtsrates in Genf und forderte die Umsetzung einer sozial-ökologischen Transformation.*

Auf der Tagesordnung der 50. Tagung des UN Menschenrechtsrates standen während des Besuches unter anderem Interactive Dialogues zum Thema "State Responses to the Covid-19 pandemic" sowie zum Bericht des Sonderberichterstatters für Eritrea. Vor allem bei der Session zu Covid-19 war von Staatenvertreter:innen der Ruf nach der Implementierung und Einhaltung von sozialen Rechten sowie der Freigabe von Patenten auf Impfungen und Medikamente zu hören.

Highlight des Besuchs war das von Südwind in Kooperation mit der Universität Bologna und dem European Environmental Bureau organisierte und von Ana-Maria Suarez-Franco von FIAN International moderierte Side Event zur Fallstudie "Beyond Panic! Exploring Climate Mobilities in Guatemala, Senegal, Kenya and Cambodia". Anhand der vier Länderbeispiele diskutierten die Panelists menschenrechtliche Implikationen der Klimakrise sowie das Recht auf (Im)mobilität. Die Klimakrise ist auch eine soziale Krise und ein Multiplikator, der bereits existierende Verwundbarkeiten wie z.B. Armut verschärft. Nach einer Einführung durch Sarah Walker als Research Fellow der Studie wurde ein Statement von Mustapha Dieng von der National Fishing Labour Union in Senegal eingespielt, der u.a. zu den verheerenden Auswirkungen der europäischen Fischereipraxis sprach. Juan José Hurtado Paz y Paz von der Asociacon Pop No´j in Guatemala schilderte die ungleiche Verteilung von natürlichen Ressourcen zwischen Konzernen und Kleinbäuer:innen. Olivia Wasik als Vertreterin der Jugenddelegation forderte die anwesenden Staatenvertreter:innen auf, die Ziele des Pariser Abkommens einzuhalten und die sozial-ökologische Transformation voranzutreiben. Zu den Besucher:innen des Side Events zählten Vertreter:innen der Kommissionen von Österreich, der EU, Guatemala und Gambia, die die Anliegen der Panelists hoffentlich an ihre Entsendestaaten weitertragen. Spontan gesellten sich auch zwei Vertreter:innen von La Via Campesina ins Publikum, um die Perspektive der Kleinbäuer:innen noch zu verstärken.

Im Jahr 2021 wurde in den Vereinten Nationen das Menschenrecht auf eine sichere, saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt verabschiedet – dieses gilt es nun umzusetzen, wofür ein Systemwandel unabdingbar ist!

## ICH UNTERSTÜTZE FIAN UND MÖCHTE:

- ☐ unverbindlich für ein Jahr Informationen per Post erhalten.
- ☐ regelmäßig Informationen per E-Mail erhalten.
- ☐ mich mit anderen Aktivist*innen engagieren.
- ☐ das FOODFirst Magazin abonnieren. (15 € jährlich, für Mitglieder kostenlos)
- ☐ FIAN-Mitglied werden. Mein jährlicher Beitrag soll sich belaufen auf:
  - ○ 52 €
  - ○ einen ermäßigten Beitrag: € .....
  - ○ einen erhöhten Beitrag: € ..... .
  - ○ und eine Einzugsermächtigung einrichten.
- ☐ Die Arbeit von FIAN
  - ○ einmalig ○ monatlich ○ jährlich mit € ..... unterstützen.
  - ○ und eine Einzugsermächtigung einrichten.
- ☐ Ich bin FIAN Mitglied und möchte meinen Beitrag erhöhen um € ○ monatlich ○ jährlich

Name .....

Organisation .....

Straße .....

PLZ/Ort .....

E-Mail .....

Datum/Unterschrift .....

An
FIAN Österreich
Schwarzspanierstraße 15/3/1
1090 Wien

Ausfüllen, abtrennen und versenden oder mailen an: office@fian.at

Impressum

FIAN Österreich - Food First Magazin 2/2022

Herausgeber:in
FIAN Österreich
Schwarzsspanierstr. 15/3/1, 1090 Wien
Tel. 01-2350 239, Fax 01-2350 239-20
E-Mail: office@fian.at
Internet: www.fian.at FIANoesterreich
ZVR: 937 480 634

Redaktion: Lukas Schmidt

Layout: Lukas Schmidt

Druck: druck.at, 2544 Leobersdorf

Fotos

Cover, Pixabay
S.0 , 6. 12, 15, 16 FIAN
S.2 Nils Westergard (NILS)
S.4 Wendy Wei
S.5 Yelena Odintsova
S.6 FIAN
S.9 Marian Henn
S.11 PANNA
S.13 Goliathwatch e.V.
S.11 LICADHO
S.17 Justice is Everybody's Business

Ausgabe 2/2022
Erscheinungsdatum: November 2022
Erscheinungsort: Wien, Verlagspostamt A-1090 Wien

Magazin für Mitglieder kostenlos
Abopreis 15 €, Förderabo 30 €

Spendenkonto
FIAN Österreich
IBAN: AT73 20111294 1590 3600
BIC:GIBAATWWXXX

Gefördert durch die
Österreichische Entwicklungs-zusammenarbeit

Gefördert durch die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit. Die hier vertretenen Standpunkte geben die Ansicht der Herausgeber wieder und stellen in keiner Weise die offizielle Meinung der Fördergeber dar.

FIAN
ÖSTERREICH

# INT. MENSCHENRECHTS ORGANISATION FÜR DAS RECHT SICH ZU ERNÄHREN

**Weltweit werden Menschen durch die vorherrschenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Strukturen systematisch daran gehindert, ihr Menschenrecht auf Nahrung durchzusetzen. FIAN setzt sich als internationale Menschenrechtsorganisation dafür ein, dass alle Menschen frei von Hunger sowie in Würde leben und sich eigenverantwortlich ernähren können. FIAN tut das auf Basis internationaler Menschenrechtsabkommen, insbesondere des Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte.**

**Mit 21 Sektionen und Koordinationen und Mitgliedern in 50 Ländern ist FIAN weltweit präsent. Seit 30 Jahren wirkt die Arbeit von FIAN lokal, national und auf internationaler Ebene. Als FIAN Österreich zeigen wir die Mitverantwortung der österreichischen Politik und Unternehmen am weltweiten Hunger auf. Von ihnen fordern wir bei Verletzungen des Menschenrechts auf Nahrung Rechenschaft ein.**
**FIAN engagiert sich in konkreten Fällen vor Ort. Gleichzeitig setzen wir uns für politische Rahmenbedingungen ein, die Menschenrechte zum Maßstab haben.**

FIAN Österreich
Schwarzspanierstraße 15/3/1
1090 Wien